



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE VISEGRÁD-GRUPPE

■ ANALYSE	
Wann sind zwei plus zwei nicht vier? Die Visegrád-Gruppe und die Zukunft Europas Aleksander Fuksiewicz und Agnieszka Łada, Warschau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Einstellungen zur EU in den Visegrád-Staaten und in Deutschland	8
Der Handelsumsatz von Deutschland mit den Ländern der Visegrád-Gruppe	9
Anzahl der Bürger der Visegrád-Staaten in Großbritannien	10
■ CHRONIK	
27. Juni 2017 – 3. Juli 2017	11

*Die nächste Nummer der Polen-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, den 5. September 2017.
Die Redaktion wünscht ihren Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit.*

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Wann sind zwei plus zwei nicht vier?

Die Visegrád-Gruppe und die Zukunft Europas

Aleksander Fuksiewicz und Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Die Visegrád-Gruppe sieht ihre Aufgabe in der Koordination und im Austausch von Informationen und Positionen. Ihre Mitglieder, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, bilden bei der Beurteilung unterschiedlicher europäischer Herausforderungen nicht durchgängig eine Einheit. Sie unterscheiden sich in ihrer Haltung zur Geschwindigkeit der europäischen Integration, zu institutionellen Reformen und der Politik gegenüber Russland ebenso wie in der Beurteilung der Rolle Deutschlands in Europa. Außerdem haben die Innenpolitiken Polens und Ungarns und ihre Anti-EU-Rhetorik zur Folge, dass sich Tschechien und die Slowakei immer häufiger nicht mit ihnen in eine Reihe stellen lassen wollen. Die »Visegráder Vier« lassen sich als »Zwei plus Zwei-Modell« beschreiben. Unterdessen wirbt Polen gegenwärtig für eine weitere regionale Idee, die »Dreimeeres-Initiative«. Auch hier ist die Haltung der Visegrád-Gruppe uneinheitlich.

Nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen in Frankreich und der Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, kommt der deutsch-französische Motor in Fahrt, der den Reformen der Europäischen Union eine neue Richtung und Dynamik geben soll. Für die gegenwärtige polnische Regierung ist dies nicht unbedingt die erwünschte Richtung der Veränderungen. Polen ist aktuell eines der Länder der Gemeinschaft, die die Idee der engeren Integration nicht teilen, sondern die Rückkehr zu einem Europa der Nationen wollen. Seit ihrer Regierungsübernahme bemüht sich die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die regionalen Verbindungen zu stärken, sowohl im Rahmen der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) als auch der neuen »Dreimeeres-Initiative«, das ist eine engere Zusammenarbeit von zwölf Staaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Die Idee sowie auch der Name knüpfen an die historischen Konzepte der Föderation der Staaten Ostmitteleuropas im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts an, die u. a. von Józef Piłsudski, dem Staatschef des nach dem Ersten Weltkrieg wieder entstandenen polnischen Staates, vertreten wurde. Das aktuelle Format wurde von Kroatien initiiert. An dem ersten »Dreimeeres-Gipfel« nahmen Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn teil.

Jedoch nicht nur in der großen Gruppe, auch zwischen den Ländern der Visegrád-Gruppe gibt es keine Einmütigkeit in Schlüsselfragen der Zukunft der europäischen Integration. Deutlich zeichnet sich die Aufteilung der Visegráder Vier in zwei plus zwei ab, das heißt die proeuropäischen Tschechen und Slowaken auf der einen und die europaskeptischen Polen und Ungarn auf der anderen Seite. Es gibt aber auch immer

noch Bereiche, in denen eine gemeinsame Stimme von der Visegrád-Gruppe zu erwarten ist, vor allem in der Migrationspolitik.

Unterschiedliche Bedingungen

Die Unterschiede, die die Länder der Visegrád-Gruppe in ihrer Haltung zur Zukunft der europäischen Integration trennen, hängen von den innenpolitischen Bedingungen ab. In Polen leitet sich die Außen- und Europapolitik der *PiS*, die die Parlamentsmehrheit hat, aus ihrem allgemeinen Misstrauen gegenüber der Europäischen Union, der Wahrnehmung Westeuropas als kulturelle Bedrohung, den Konflikten mit der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der Frage der Rechtsstaatlichkeit in Polen und der scharfen innenpolitischen Rhetorik ab. Eine wichtige Rolle spielt auch der persönliche Konflikt zwischen dem *PiS*-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński und dem EU-Ratspräsidenten Donald Tusk, die von jeher innenpolitische Rivalen sind. Dessen ungeachtet unterstützt die Mehrheit der Polen eindeutig die europäische Integration und die Mitgliedschaft in der EU.

Auch die Europapolitik Ungarns kann man ohne die Analyse seiner Innenpolitik nicht untersuchen. Die ungarische Situation ähnelt der polnischen insofern, als die Europapolitik eine »Geisel« der Innenpolitik ist. Die Ungarn sind eine proeuropäische Gesellschaft mit einer hohen Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU. Trotzdem führt Ministerpräsident Viktor Orbán im Land eine antieuropäische (Anti-Brüssel-) Kampagne sogenannter Konsultationen in einem Ausmaß durch, das sogar in Polen schwer vorstellbar wäre. Die Partei *Fidesz* kreiert auf diese Weise das Narrativ des Kampfes gegen einen äußeren Feind und stellt sich selbst dabei als einzigen glaubwürdigen Verteidiger dar. Dies macht vielleicht keinen Eindruck auf libe-

rale Budapester Wähler, gleichwohl auf die konservativen in den Kleinstädten und Dörfern. Außerdem muss sich *Fidesz* nach rechts absichern, wo die starke Partei *Jobbik* lauert.

In Ungarn hat bereits der Wahlkampf begonnen, obwohl die Parlamentswahlen erst im April 2018 stattfinden werden. Zurzeit führt *Fidesz* in den Umfragen, *Jobbik* und die Post-Kommunisten kämpfen um den zweiten Platz. Die anderen Parteien (Grüne, »Andere Politik« usw.) balancieren auf der Prozenzhürde. Nichts deutet darauf hin, dass sich die ungarische Europapolitik also in nächster Zukunft ändern wird.

Im Falle Tschechiens lässt sich aktuell schwerlich eine Prognose aufstellen, was für eine Politik es in Zukunft betreiben wird, da im Oktober Parlamentswahlen stattfinden werden, nach denen die Politik neu ausgerichtet werden wird. Gegenwärtig repräsentieren der Ministerpräsident und der Außenminister die sozialdemokratische Partei, und die Regierung betrieb eine proeuropäische Politik, ausgerichtet auf die enge Zusammenarbeit mit Deutschland. Viel hat sich verändert, seitdem der Konflikt um die Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedsländer ausbrach. Die Tschechen schlossen sich der »Anti-Flüchtlingskoalition« Polens, Ungarns und der Slowakei an.

Die Wahlen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Partei *ANO* (»Ja«) des Populisten Andrej Babiš gewinnen, die keine klare Vision einer Europapolitik vorgestellt hat. In einem seiner Auftritte hatte sich Babiš gegen den Beitritt zur Eurozone ausgesprochen und eine tiefergehende Integration abgelehnt, nach Meinung tschechischer Experten ist er aber an Europa nicht besonders interessiert. Gleichzeitig unterstreichen sie, dass er als Politiker ein Pragmatiker ist und keine ideologische Auffassung von Politik hat, was ihn von Orbán und Kaczyński unterscheidet und ihn eher keine Verbindung mit dem antieuropäischen Tandem aufnehmen lässt. Nicht ausgeschlossen ist auch eine proeuropäische Koalition aller gegen *ANO*.

In der Slowakei regiert seit dem Frühjahr 2016 eine Koalition aus der linken Partei von Robert Fico, *Smer-SD*, der Slowakischen Nationalpartei (*SNS*), der ungarisch-slowakischen Partei *Most-Híd* und der konservativen *Siet'*. Die Parlamentswahlen vom März 2016 veränderten die bisherige politische Konstellation: Die Partei von Fico hat die Möglichkeit verloren, selbständig zu regieren, und ins Parlament zog eine Partei unter dem Vorsitz von Marian Kotleba ein, die von Experten als faschistisch eingeschätzt wird: *Kotleba* – Volkspartei Unsere Slowakei (*Kotleba* – *ĽS NS*). Der Wahlkampf kreiste um zwei Themenbereiche: die Sicherheit im Zusammenhang mit der Migrationskrise und die Korruption und die Funktionsfähigkeit des Staates. In

Fragen der Migration spielte auch Ministerpräsident Fico mit den Anti-Flüchtlingseinstellungen der Slowaken und stärkte damit deren Abneigung, Flüchtlinge aufzunehmen. Gleichzeitig lehnen alle Gruppierungen, die bei den Parlamentswahlen antraten, den EU-Mechanismus der von oben festgelegten Verteilungsquoten für Flüchtlinge ab. Die Anwesenheit der Extremisten von Kotleba im Parlament beeinflusst die aktuellen politischen Debatten in der Slowakei und weckt Befürchtungen, dass die Faschisten in den nächsten Wahlen an Stärke gewinnen werden.

Unabhängig von der innenpolitischen Konfiguration ergibt sich der slowakische Standpunkt in der Mehrheit der Fragen zur europäischen Politik und internationalen Angelegenheiten traditionell aus der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten in Europa. Als kleines Land hat die Slowakei keine Ambitionen, den Ton in den Diskussionen anzugeben und mit Vorschlägen hervorzutreten. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union versteht sie vielmehr als Chance, sich um die eigenen Interessen zu kümmern. Indem sich die Slowakei nicht der Mehrheit widersetzt, hofft sie, dass sie größere Chancen haben wird, die anderen Mitgliedsländer von der Notwendigkeit zu überzeugen, die eigenen, slowakischen Interessen mit zu berücksichtigen. Daher bemüht sich Bratislava gewöhnlich, sich an den europäischen *mainstream* zu halten.

In unterschiedlichen Geschwindigkeiten

Die Hauptlinie der Teilung innerhalb der Visegrád-Gruppe ist die Haltung gegenüber der europäischen Integration. Ein Sonderfall ist die Slowakei, die als einziges Mitgliedsland der Visegrád-Gruppe zur Eurozone gehört und in dem Bestreben, Teil der »Vorreitergruppe« der Integration zu sein, ihre Haltung an den europäischen *mainstream* anpasst. Mit Blick auf die weitere Integration lässt die Slowakei daher den Gedanken daran zu, den Posten eines Finanzministers der Eurozone, ein eigenes Budget und ein Eurozonenparlament einzurichten, doch zurzeit betrachtet sie diese Fragen nicht als prioritär. Vielmehr vertritt sie den Standpunkt, dass sich die EU gegenwärtig auf die Umsetzung und die Stärkung der bestehenden Lösungen konzentrieren sollte, wie die Bankenunion in der Eurozone oder ein derartiges Funktionieren des Schengenraums, dass den Bürgern das Gefühl gegeben wird, dass die Europäische Union ihre Aufgaben erfüllt.

Für die übrige, außerhalb der Eurozone stehende Visegrád-Troika stellt die Idee eines Europa der vielen Geschwindigkeiten eine Bedrohung dar, da dies zu einer Marginalisierung der Bedeutung dieser EU-Länder führen kann. Daher widersetzen sich sowohl Ungarn als auch Tschechien (ähnlich wie übrigens auch die Slowa-

kei) der Eröffnung der Diskussion über die Änderungen der EU-Verträge. In Polen hat dagegen Jarosław Kaczyński die Notwendigkeit der Änderung der Verträge in die Diskussion eingebracht, es folgten aber keine konkreten Vorschläge. Die angedeutete Änderung sollte zur Lockerung und nicht zur Stärkung der Integration führen. In Ungarn und in Tschechien dominiert dagegen die Überzeugung, dass in der gegenwärtigen Lage der Union, da Großbritannien die EU verlassen wird, Vertragsreformen zu einer unvorteilhaften Differenzierung des Tempos der Integration und zur Marginalisierung der Staaten außerhalb der Eurozone führen würden. Die Slowakei ist ebenfalls dagegen, die Diskussion über die Änderung der Verträge zu eröffnen, da dies zu unnötigem Chaos in der EU führen könnte, wenn jedes Land für sich kämpfen würde, ohne die vereinbarten Verhandlungsprinzipien. Auf der anderen Seite ist die Slowakei dafür, die Integration zu vertiefen (sie selbst wird solche Änderungen allerdings nicht initiieren) und nicht zu der Idee einer Gemeinschaft zurückzukehren, die nur auf einem gemeinsamen Markt gründet. Die Vorschläge aus Warschau und Budapest, die Integration zu schwächen, werden in Bratislava negativ aufgenommen.

Polen und Ungarn, die mit der Europäischen Kommission nicht nur – wie die ganze Region – über die Verteilung von Flüchtlingen im Streit liegen, sondern auch in Fragen der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, wollen die Kommission schwächen und die Rolle der Mitgliedsländer stärken, u. a. das intergouvernementale Format der EU und die nationalen Parlamente. Jegliche stärkeren föderalistischen Konzepte wie eine gemeinsame europäische Wahlliste für das Europäische Parlament können eher nicht auf die Unterstützung dieser beiden Länder zählen.

Die Position Tschechiens ist in dieser Debatte die unsicherste, denn es ist nicht klar, welche Politik die neue Regierung nach den Parlamentswahlen im Herbst betreiben wird. Mit Blick auf die traditionelle Orientierung der tschechischen Außenpolitik auf Deutschland sind allerdings keine weitreichenden Veränderungen in der Europapolitik zu erwarten. Prag widersetzt sich folglich einer Vertragsreform, aber nicht der Reformierung der verschiedenen Politikfelder der EU, insbesondere der Wirtschaftspolitik.

Wie bereits erwähnt, ergibt sich die Europapolitik der vier Visegrád-Länder nicht unbedingt direkt aus den Einstellungen ihrer Bevölkerung zu europäischen Angelegenheiten. Insbesondere die Bevölkerung von Polen und von Ungarn schätzen die EU deutlich höher als ihre gegenwärtigen Regierungen; beispielsweise sind laut *Pew Research Center* nur zirka 10 Prozent der Bürger der Meinung, dass ihr Land die EU verlassen sollte

(Polen: 11 Prozent, Ungarn: 13 Prozent; zum Vergleich Deutschland: 11 Prozent, Frankreich: 22 Prozent). Polen nimmt die Führungsposition in der Visegrád-Gruppe ein, was das Vertrauen in die Europäische Union angeht: Der EU vertrauen laut Eurobarometer 57 Prozent der Polen, 52 Prozent der Ungarn, 51 Prozent der Slowaken und nur 35 Prozent der Tschechen (der Durchschnittswert der EU liegt bei 47 Prozent). Die Slowaken, die den Euro bereits eingeführt haben, und die Ungarn sind auch relativ positiv gegenüber dem Euro eingestellt, während die Mehrheit der Polen und der Tschechen gegen seine Einführung ist.

Unterschiedliche Einstellungen zu Fragen der Sicherheit und zu Russland

Die vier Visegrád-Länder betrachten Fragen der Sicherheit unterschiedlich. Für Polen bleibt Russland die Hauptbedrohung und die einzige echte Sicherheitsgarantie die NATO (der Aussage, dass die NATO notwendig für die Sicherheit ihres Landes sei, stimmen laut »Globsec Trends 2017« 91 Prozent der Polen, 81 Prozent der Ungarn, 75 Prozent der Tschechen und 56 Prozent der Slowaken zu). Polen ist gegen europäische Sicherheitsstrukturen, die in Konkurrenz zur NATO stehen könnten. Daher kündigte die polnische Regierung nicht sofort an, sich dieser Initiative anzuschließen. Zwar hatte Jarosław Kaczyński einst versichert, die Idee der europäischen Armee zu unterstützen, aber später wollten *PiS*-Politiker keine eindeutige Aussage darüber machen, ob Polen zur »ersten Geschwindigkeit« bei der Integration im Bereich der europäischen Verteidigung gehören wird. Außer den Aufbau von Strukturen, die mit der NATO konkurrieren, fürchtet die polnische Regierung negative Konsequenzen für die eigene Rüstungsindustrie, wenn es in der EU zur Koordination gemeinsamer Einkäufe kommen sollte, von denen in höherem Maße die Rüstungsunternehmen in Westeuropa profitieren würden. Letztlich hat Polen aber auf dem EU-Gipfel im Juni 2017 die Aufnahme einer ständigen strukturellen Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung unterstützt.

Das Problem der potentiellen Konkurrenz für die eigene Rüstungsindustrie hat die Slowakei nicht, da sie solche Fabriken nicht besitzt. Traditionell investiert sie keine großen Summen in die Streitkräfte und unterstützt die Idee einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Im Mai 2017 verkündete sie die Erhöhung des Wehretats auf 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2020. Russland weckt in der Slowakei keine negativen Emotionen, im Gegenteil stärkt die prorussische Propaganda antiamerikanische und Anti-NATO-Einstellungen in der Slowakei. Daher trat Bratislava dem Pilotprojekt #WEARENATO

bei, das das Bündnis und westliche Werte in den Mitgliedsländern unterstützt.

In Tschechien und in Ungarn löst Russland ebenfalls keine solchen Ängste aus, und beide Länder werden die Integration im Bereich Verteidigung wohl unterstützen. Teilweise resultiert das in beiden Ländern aus dem Wunsch, zur Hauptströmung der Integration in diesem Bereich zu gehören, wenn sie schon außerhalb der Eurozone sind. In Ungarn spielen außerdem in der Innenpolitik die Forderungen nach Sicherheit eine große Rolle, die die regierende *Fidesz*-Partei stark einzusetzen versteht (die Gefahr des Terrorismus, die Gefahr vonseiten der Flüchtlinge). Die Ungarn teilen ebenfalls mit, bis zum Jahr 2024 die Forderung der NATO zu erfüllen, 2 Prozent des BIP in Verteidigungsausgaben zu investieren. Ungarn und die Slowakei präsentieren darüber hinaus eine völlig andere Haltung als Polen in der europäischen Politik gegenüber Russland und sprechen sich für die Aufhebung der Sanktionen vonseiten der EU aus. Aber solange eine solche Entscheidung im Forum der EU nicht fällt, scheren sie nicht aus und halten die europäische Einheit in diesem Bereich mit aufrecht.

Strittige Unterstützung der deutschen Führungsrolle

Die Region unterscheidet sich gegenwärtig auch hinsichtlich der Einstellung gegenüber Deutschland. Die polnische Regierung widersetzt sich der Führungsrolle Berlins in Europa, während sie von der Slowakei und Tschechien akzeptiert wird. Zwar verbinden die gesamte Region wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit Deutschland, aber politisch spielt Deutschland unterschiedliche Rollen. Polens regierende *PiS* hat eine ambivalente Einstellung gegenüber Berlin und sieht die starke Rolle Deutschlands kritisch. Diese Haltung unterstützt die Mehrheit der Polen nicht; laut »Deutsch-Polnischem Barometer 2017« sind 59 Prozent der Meinung, dass Polen in den Beziehungen zu Deutschland auf Zusammenarbeit und Kompromisse setzen sollte. Jedoch zählen die politischen Kontakte zwischen Warschau und Berlin aktuell nicht zu den intensivsten und manche Aktivitäten Polens, wie die Werbung für die »Dreimeeresinitiative«, lassen fragen, ob hiermit ein Gegengewicht zu der deutschen Führungsrolle aufgebaut werden soll. Das Vorgehen, eine (potentielle) Oppositionshaltung gegenüber Deutschland einzunehmen, findet keine Unterstützung bei den drei übrigen Visegrád-Mitgliedern.

Die unverständliche »Dreimeeresinitiative«

Das von Polen beworbene »Dreimeereskonzept« stößt in Tschechien, der Slowakei und Ungarn auf Distanz

bzw. Unverständnis. Zwar wird in Warschau unterstrichen, dass das Ziel eine bessere Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Infrastruktur, des Transports und der Digitalisierung (die in dieser Region immer noch nicht auf einem zufrieden stellenden Niveau ist) sei. Aber weder in den Visegrád-Ländern noch in den anderen EU-Staaten glaubt man, dass diese Initiative keinen politischen Charakter hat und zwar als Gegengewicht zu Westeuropa und insbesondere zu Deutschland – vor allem, weil der US-amerikanische Präsident Donald Trump zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs dieser Länder am 5./6. Juli nach Warschau kommen wird. Der Aufbau dieses Typs regionaler und sei es auch lockerer und nicht institutionalisierter Formen der Zusammenarbeit wird als schädlich für die Einheit der EU betrachtet, was insbesondere in Tschechien und der Slowakei negativ aufgenommen wird. Die Unvorhersehbarkeit des Redens und Handelns des amerikanischen Präsidenten wecken Befürchtungen, dass es vielmehr zu einer ähnlichen Situation wie vor einigen Jahren kommen könnte, als der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld von der Existenz eines »alten« und eines »neuen« Europa sprach. In der Slowakei und in Tschechien, aber auch in der liberalen politischen Elite Polens wird befürchtet, dass zu dieser Überlegung zurückgekehrt werden könnte.

Regionale Einstimmigkeit nicht um jeden Preis

Die Regierungsvertreter der vier Länder stimmen darin überein, dass die Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe mehr auf koordinierten Tätigkeiten und Konsultationen beruht sowie darauf, engen Kontakt untereinander zu halten, als auf Einstimmigkeit in jeder Angelegenheit. Allerdings sind in Tschechien und der Slowakei zunehmend Stimmen zu hören, dass die Assoziierung Polens und Ungarns mit Anti-Brüssel-Rhetorik eine Belastung und nicht von Nutzen ist. Die unvorhersehbaren Aktivitäten Warschaus erhalten nicht ihre Unterstützung.

Das beste Beispiel ist die Wiederwahl von EU-Ratspräsident Donald Tusk im März 2017. Tschechien und die Slowakei hatten angekündigt, nicht auf der Seite Polens zu stehen, und sprachen sich für die Mandatsverlängerung für Tusk aus, ebenso wie Ungarn, auf dessen Unterstützung die polnische Delegation bis zum Schluss gezählt hatte. Ungarn hatte nicht die Notwendigkeit gesehen, sich dem Willen der Mehrheit der EU-Staaten zu widersetzen, und begrüßte es, dass diese Position von einer Person aus der Region besetzt wird (an die Möglichkeit, dass der von der *PiS* vorgeschlagene Jacek Saryusz-Wolski gewählt würde, glaubten sie dagegen nicht). Für Budapest war ein weiteres Argument, dass die regierende *Fidesz*-Partei zur Europäischen Volks-

partei (EVP) gehört, in der auch Donald Tusk politisch beheimatet ist und zu der auch die Mehrheit seiner Unterstützer aus anderen EU-Staaten gehört, insbesondere Angela Merkel. In den drei Hauptstädten herrscht die Ansicht, dass Tusk die Interessen der Region gut vertritt. Die Diplomaten der übrigen Länder der Visegrád-Gruppe sind sich dessen bewusst, dass die polnische Entscheidung, die Kandidatur zu blockieren, innenpolitische Gründe hatte, sie konnten das Vorgehen aber nicht wirklich verstehen, das Warschau mehr Schaden als Nutzen bescherte.

Es gibt aber weiterhin auch Bereiche, wo die Positionen der Mitglieder der Visegrád-Gruppe sehr ähnlich, wenn nicht sogar identisch sind. Alle widersetzen sich dem gegenwärtig in der EU diskutierten Vorschlag einer Entsenderichtlinie, mit der ihrer Meinung nach die Prinzipien des Binnenmarktes und der Dienstleistungsfreiheit verletzt werden würden. Eine gemeinsame Stimme lässt sich auch bei den bevorstehenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU erwarten. Zwar gibt es zurzeit, da Verhandlungen mit Großbritannien über seinen EU-Austritt laufen und es nicht klar ist, wieviel und wie lange London noch in den EU-Haushalt einzahlen wird, noch keine vereinbarten Verhandlungsprioritäten und Ziele. Mit Sicherheit jedoch wird die Visegrád-Gruppe entschieden dafür optieren, die Bedeutung der Strukturfonds zu erhalten. Für wesentlich wird außerdem erachtet, dass mit Großbritannien die Beibehaltung der Rechte der EU-Bürger, die in Großbritannien leben, ausgehandelt wird. Dies ist besonders für Polen, die Slowakei und Ungarn von Interesse, aus denen *per capita* die meisten Bürger auf die Insel emigrierten (s. Tabelle 2 auf Seite 10).

Das spektakulärste Beispiel für die Einheit der Visegrád-Länder war das, was ihr Image in Europa ruiniert hat, ihr Widerstand gegen die Verteilung von Flüchtlingen. Einstimmig erhoben sie Widerspruch gegen das Verteilungssystem, das von der Europäischen Kommission verabschiedet und vom Europäischen Rat akzeptiert worden war. Die Slowakei und Ungarn zogen sogar vor den Europäischen Gerichtshof; das Urteil ist noch nicht gesprochen worden. Da sie ihren Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht nachgekommen sind, setzte die Europäische Kommission Tschechien, Polen und Ungarn auf die »schwarze Liste« derjenigen Länder, die die EU-Vereinbarungen nicht erfüllen. Ein anderer Fall ist die Slowakei, die nicht auf dieser Liste steht. Sie hatte freiwillig, nicht im Rahmen der Umverteilung, mehrere Dutzend Mütter mit Kindern aus Syrien sowie 149 Christen aus dem Irak aufgenommen. Gemeinsam mit Österreich finanziert die Slowakei auch ein Flüchtlingslager auf slowakischem Territorium für Flüchtlinge, die auf Asyl in Österreich

warten. Außerdem wurden 550 Stipendien für syrische Studenten gestiftet. Gegenwärtig ändert die Slowakei allerdings ihre Rhetorik beim Thema Flüchtlinge. Zwar verschwanden die scharfen Äußerungen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Zeit des Wahlkampfes im Jahr 2016, aber infolge des starken Widerstands in der Bevölkerung plant die Slowakei nicht, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, und wird sich weiterhin dem Quotensystem widersetzen.

Die Visegrád-Länder, die es ablehnen, Flüchtlinge aufzunehmen, sind – wie auch manche anderen EU-Mitgliedsstaaten – nicht mit dem Verteilungssystem und der deutschen Position einverstanden. Sie haben aber auch keine konstruktiven Gegenvorschläge entwickelt, wie das Flüchtlingsproblem gelöst werden kann. So schwächen sie ihre Position in der EU, was sich beispielsweise auf die Verhandlungen des EU-Haushalts auswirken kann. Andererseits wehren sich die Gesellschaften in den vier Visegrád-Ländern entschieden gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, was ein starker Faktor für die Gestaltung der Innenpolitik dieser Länder ist – wenngleich auch ein Teil der Politiker dieser Länder die negativen Emotionen für ihre Ziele erst entfacht hat. Aus verschiedenen länderspezifischen Meinungsumfragen geht hervor, dass nur zirka ein Drittel der Bürger der Visegrád-Länder bereit ist, die Aufnahme von Flüchtlingen zu akzeptieren. Obgleich die Gesellschaften in dieser Frage gespalten sind – beispielsweise ist in Polen die Mehrheit der Einwohner der Großstädte für die Aufnahme von Flüchtlingen –, können die Einstellungen der jungen Menschen in den Visegrád-Ländern nur Beunruhigung hervorrufen. Nach Befragungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*) und der Bertelsmann Stiftung unter 15- bis 24jährigen sind gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten 75 Prozent der Slowaken, 73 Prozent der Polen, 72 Prozent der Ungarn und 70 Prozent der Tschechen. Im Aufenthalt von Migranten sehen sie auch keine wirtschaftlichen Vorteile für ihr Land, sondern vielmehr damit verbundene Gefahren. Im Falle Polens und Ungarns meint die deutliche Mehrheit (77 bzw. 82 Prozent; für Tschechien und die Slowakei liegen keine Daten vor), dass für die Migrationspolitiken die Entscheidungen auf nationaler Ebene fallen sollen und nicht auf der Ebene der EU, so die Untersuchungsergebnisse von *Pew Research Center*.

Angesichts der starken populistischen und fremdenfeindlichen Bewegungen stellt dies aufgeschlossene Politiker in eine außergewöhnlich schwierige Situation, so zum Beispiel die tschechische Sozialdemokratie. Sogar manche liberalen Experten beispielsweise in Ungarn und Polen sind der Auffassung, dass die Politik der Europäischen Kommission, die sich bemüht, diese Länder

zur Aufnahme von Flüchtlingen zu zwingen, nicht nur erfolglos sei, sondern auch zugunsten von Politikern wie Victor Orbán und Jarosław Kaczyński wirke.

Fazit

Die Visegrád-Gruppe war nie eine institutionalisierte und formale Struktur. Ihre einzige Institution ist der Internationale Visegrád-Fonds, der die regionale kulturelle, akademische und gesellschaftliche Zusammenarbeit unterstützt. Das Hauptziel der Gruppe ist die Koordination und Kommunikation, daher sind Meinungsverschiedenheiten in der Gruppe über die Europapolitik normal und tauchen permanent mehr oder weniger stark auf. Das größte Problem sind folglich nicht die unterschiedlichen Meinungen, sondern die Position der Gruppe und ihrer Mitglieder in Europa. Infolge seiner Konzentration auf die Innenpolitik hat Polen seine bis-

herige starke Position verloren und stellt sich selbst an den Rand, ähnlich wie Ungarn. Tschechien und insbesondere die Slowakei wollen in der Hauptströmung der Integration bleiben und nach ihren Möglichkeiten Einfluss auf diese Strömung behalten. Daher ist es für sie immer weniger günstig, wenn sie in eine Reihe mit Polen und Ungarn gestellt werden – insbesondere, da das Ansehen der Visegrád-Gruppe infolge des Konflikts über die Umverteilung der Flüchtlinge stark angekratzt ist. Im Ergebnis wird die Stimme der Gruppe in Brüssel nicht so einflussreich sein, wie sie sein könnte, und zwar nicht nur in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, sondern auch bei den bevorstehenden Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Haushalt für die Jahre 2020 und folgende.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Die im Text dargestellten Ergebnisse stützen sich auf Untersuchungen, die im Rahmen des gemeinsamen Projektes des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*) in Warschau und der Heinrich Böll Stiftung in Polen *Does the Visegrad group have a common voice in the EU?* durchgeführt wurden.

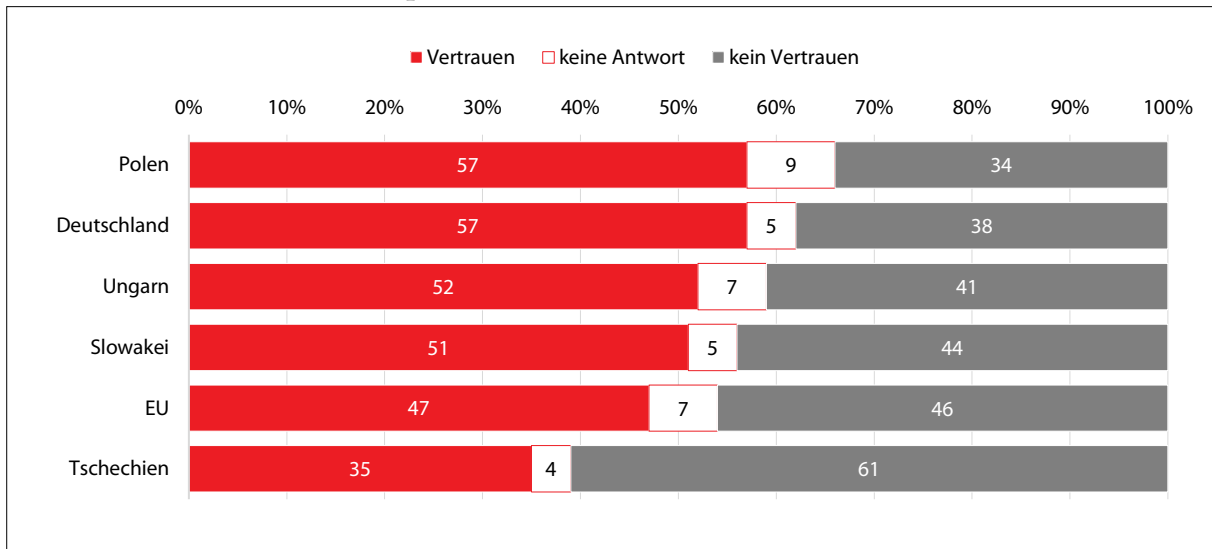
Über die Autoren

Aleksander Fuksiewicz ist Projektkoordinator und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Programm des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*, Warszawa) und Vorstandsmitglied der *Grupy Zagranica*. Seine Untersuchungsschwerpunkte sind die europäische Integration und die europäischen Institutionen sowie die polnische Außenpolitik.

Dr. *Agnieszka Łada* ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Europa-Programms und *Senior Analyst* am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*, Warszawa) sowie Mitglied des Aufsichtsrats der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung und des deutsch-polnischen Gesprächskreises Kopernikus-Gruppe. Ihre Spezialgebiete sind die EU-Institutionen, Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außen- und Europapolitik, die Wahrnehmung Polens im Ausland und der Ausländer in Polen.

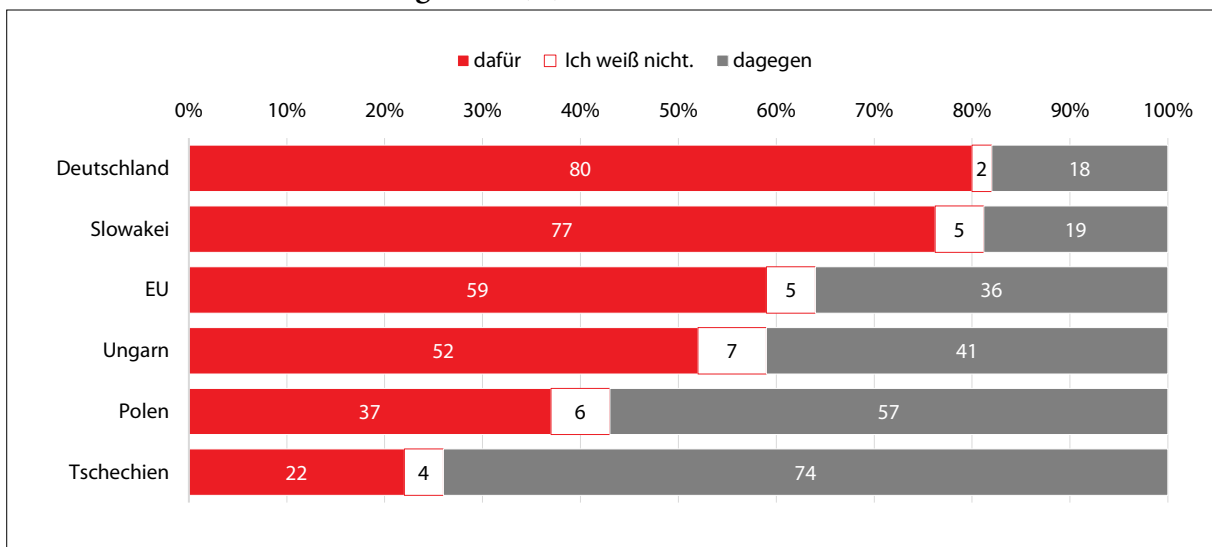
Einstellungen zur EU in den Visegrád-Staaten und in Deutschland

Grafik 1: Vertrauen in die Europäische Union (%)



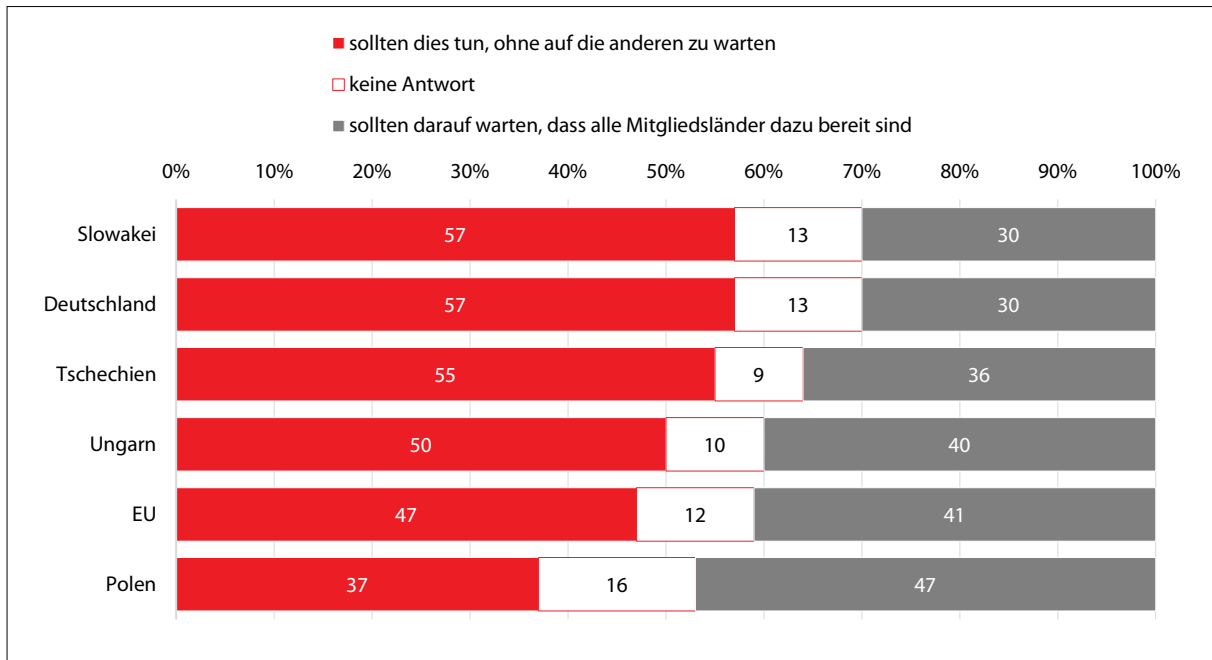
Quellen: Special Eurobarometer 451 »Future of Europe«, April 2017; Eurobarometer Survey 86, November 2016; Standard Eurobarometer 85, May 2016

Grafik 2: Sind Sie für oder gegen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit der einheitlichen Währung Euro? (%)



Quellen: Special Eurobarometer 451 »Future of Europe«, April 2017; Eurobarometer Survey 86, November 2016; Standard Eurobarometer 85, May 2016

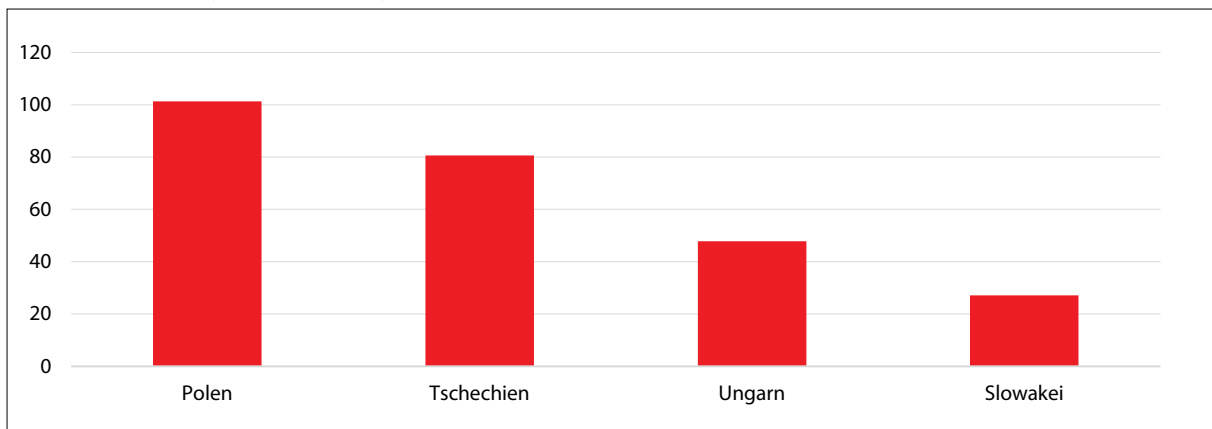
Grafik 3: Unterstützung für die Idee des »Europa der zwei Geschwindigkeiten«.
Länder, die bereit sind, die Entwicklung der gemeinsamen europäischen Politik in
in einem bestimmten Bereich zu fördern, ... (%)



Quellen: Special Eurobarometer 451 »Future of Europe«, April 2017; Eurobarometer Survey 86, November 2016; Standard Eurobarometer 85, May 2016

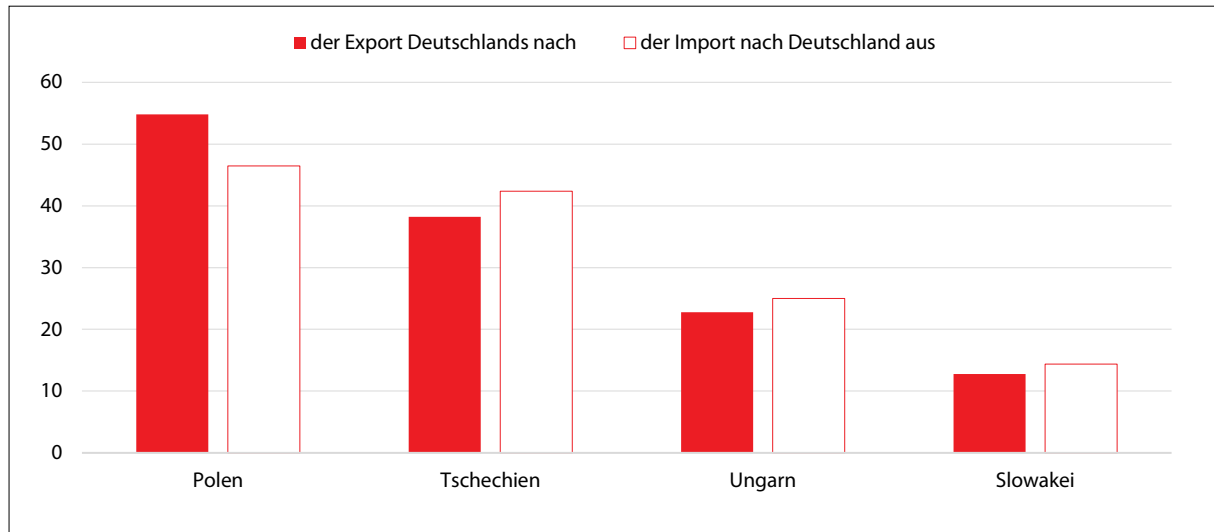
Der Handelsumsatz von Deutschland mit den Ländern der Visegrád-Gruppe

Grafik 1: Der Handelsumsatz von Deutschland mit den Ländern der Visegrád-Gruppe im Jahr 2016 (in Mrd. Euro)



Quelle: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2016, Statistisches Bundesamt 2017 <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile>

Grafik 2: Der Export Deutschlands in die Länder der Visegrád-Gruppe und der Import Deutschlands aus den Ländern der Visegrád-Gruppe im Jahr 2016 (in Mrd. Euro)



Quelle: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2016, Statistisches Bundesamt 2017 <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile>

Tabelle 1: Der Handelsumsatz von Deutschland mit den Ländern der Visegrád-Gruppe im Jahr 2016

Land	der Handelsumsatz Deutschlands mit (in Euro)	Position auf der Liste der Handelspartner Deutschlands	der Export Deutschlands nach (in Euro)	der Import nach Deutschland aus (in Euro)
Tschechien	80.593.662.000	10	38.241.052.000	42.352.610.000
Polen	101.251.308.000	7	54.794.432.000	46.456.876.000
Slowakei	27.130.421.000	19	12.748.381.000	14.382.040.000
Ungarn	47.759.210.000	14	22.767.108.000	24.992.102.000

Quelle: Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2016, Statistisches Bundesamt 2017 <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile>

Anzahl der Bürger der Visegrád-Staaten in Großbritannien

Tabelle 2: Anzahl der Bürger der Visegrád-Staaten in Großbritannien im Jahr 2015

Land	Anzahl ¹	Anzahl der Emigranten in Großbritannien im Verhältnis zur Bevölkerung (in Promille) ²
Polen	916.000	24,1
Slowakei	93.000	17,2
Ungarn	82.000	8,3
Tschechien	45.000	4,2

Quellen: ¹ Population of the United Kingdom by Country of Birth and Nationality, Office for National Statistics, <<https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/populationandmigration/internationalmigration/datasets/populationoftheunitedkingdombycountryofbirthandnationality>>

² Berechnungen von Aleksander Fuksiewicz und Agnieszka Łada auf der Grundlage von Eurostat: <<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tps00001>>

27. Juni 2017 – 3. Juli 2017

27.06.2017	Nach einem Kommentar von Beata Mazurek, Vorstandsmitglied der Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Pressesprecherin, wendet sich die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) an die Ethikkommission des Sejm. Mazurek hatte sich am Vortag auf die Ereignisse von Radom am Wochenende bezogen, als eine Demonstration des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) von Anhängern der nationalistischen Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska) gewalttätig gestört worden war. Sie könne die Emotionen, die in Radom freigesetzt worden waren, verstehen, so Mazurek. Die PO wirft ihr Verständnis für Schlägertypen vor und der Regierung, dass sie Faschismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Polen fördere.
28.06.2017	Das Institut für Nationales Gedächtnis (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) teilt mit, dass die Untersuchung zu einer eventuellen Fälschung von Dokumenten durch den Staatssicherheitsdienst (Służba Bezpieczeństwa – SB) der Volksrepublik Polen eingestellt wurde. Es handelt sich um Dokumente, die den späteren Solidarność-Führer Lech Wałęsa belasten, zwischen 1970 und 1974 als inoffizieller Mitarbeiter für den Staatssicherheitsdienst tätig gewesen zu sein. Es habe keine Fälschung vonseiten des SB gegeben, so die Bekanntmachung des IPN.
29.06.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło unterzeichnet die Verfügung über die Bildung einer Metropolregion in der Woiwodschaft Schlesien (woj. śląskie). Sie umfasst Selbstverwaltungseinheiten in den Regionen Oberschlesien und Dombrowaer Kohlebecken. Durch die Bildung der Metropolregion sollen die Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Entwicklung der Region gefördert werden. Das Gesetz dazu wurde im März verabschiedet.
30.06.2017	In Warschau enden die zweitägigen polnisch-spanischen Regierungskonsultationen. Thematisiert wurden die Gefahr des Terrorismus und die Sicherung der EU-Außengrenzen, der russisch-ukrainische Konflikt und die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Russland, der bevorstehende »Brexit« und die polnisch-spanische Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und Verteidigungspolitik.
01.07.2017	In Przysusze findet der Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) statt. In seiner einstündigen Rede stellt Parteichef Jarosław Kaczyński die bisherigen Erfolge der PiS-Regierung dar. Die wichtigsten eingeleiteten Projekte seien das Familienförderprogramm und das Wohnungsbauprogramm. Er bekräftigt die Ablehnung der PiS gegenüber der europäischen Flüchtlingspolitik. Polen habe die Länder, aus denen die Flüchtlinge heute nach Europa kommen, nicht wirtschaftlich ausgenutzt, nicht ihre Arbeitskraft eingesetzt und sie auch nicht eingeladen. Daher habe Polen nun das moralische Recht, »nein« zu sagen. Die Einlösung des Versprechens der Vorgängerregierung von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), 7.000 Flüchtlinge in Polen aufzunehmen, würde ein großes Sicherheitsproblem bedeuten, sowohl mit Blick auf terroristische Gefahren als auch auf die tägliche Sicherheit der Bürger. Es gebe keinen Anlass, die Lebensqualität der Polen radikal zu senken. Außer Kaczyński sprechen Mateusz Morawiecki, Minister für Entwicklung und Finanzen, Jarosław Gowin, Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, und Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro. Ministerpräsidentin Beata Szydło tritt nicht auf dem Parteitag auf.
01.07.2017	In Warschau tagt der Landesrat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO). Parteivorsitzender Grzegorz Schetyńa unterstreicht, dass es die Rolle der PO sei, die Freiheit in Polen zu verteidigen, die von der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) angegriffen wird. Tomasz Siemoniak, Vizechef der PO und ehemaliger Verteidigungsminister, kritisiert die aktuelle Entwicklung in den polnischen Streitkräften. Die besten Generäle seien durch inkompetente Kräfte ersetzt worden und mit der neuen militärischen Einheit der Territorialverteidigung (Obrona Terytorialna) würde eine »Wochenendarmee« aufgebaut.
01.07.2017	Präsident Andrzej Duda nimmt am europäischen Trauerakt für den im Juni verstorbenen Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl im EU-Parlament in Straßburg teil.
02.07.2017	Präsident Andrzej Duda eröffnet in Krakau (Kraków) die 41. Sitzung des Welterbekomitees der UNESCO, das zum ersten Mal in Polen tagt. Duda sowie der Minister für Kultur und Nationales Erbe, Piotr Gliński, unterstreichen die Bereitschaft, die Erfahrungen polnischer Experten beim Wiederaufbau der syrischen Stadt Aleppo einzubringen.
03.07.2017	Bei Gesprächen in Warschau thematisieren der Präsident des israelischen Parlaments, Juli Joel Edelstein, Sejmarschall Marek Kuchciński und Senatsmarschall Stanisław Karczewski die Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und dem israelischen Parlament sowie Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und des Tourismus. Ein weiteres Thema sind die beiderseitigen Stereotype und die »Hasssprache« im Internet.
03.07.2017	Der Vorsitzende des Polnischen Episkopats, Erzbischof Stanisław Gądecki, ruft mit Blick auf die gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen die Christen auf, ihre Verteidigungshaltung aufzugeben und eine aufgeschlossene Haltung und die Kultur der Begegnung zu verwirklichen. Angesichts des Ausmaßes der Migration könne nur die systematische und konkrete Zusammenarbeit der Staaten und internationalen Organisationen zu erfolgreichen Lösungen führen, erforderlich sei die Reaktion aller.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen